

Die Großen Drei:  
Russland, USA und China



# **Die Großen Drei: Russland, USA und China**

Machtpolitische Perspektiven  
in der Weltpolitik von morgen

Jürgen Bellers,  
Markus Porsche-Ludwig

Verlag Traugott Bautz GmbH  
Nordhausen 2018

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische  
Daten sind im Internet über <http://www.dnb.de> abrufbar.

© Verlag Traugott Bautz GmbH  
99734 Nordhausen 2018  
ISBN 978-3-95948-380-3

## ***Vorwort, Theorie und Analyse***

Diese Studie zur aktuellen Weltpolitik und deren Wirkkräften geht davon aus, dass nur Staaten mit historisch gewachsenen Staatsideen weltpolitisch als Weltmacht mit dominantem Militär und dominanter Wirtschaft aktiv sein können und sind. Denn die Staatsidee verpflichtet dazu, ist die aktuelle Form des historischen Trends. Die Analyse und historische Beschreibung wird aufzeigen, dass die weltpolitisch relevanten Mächte heutzutage die USA, Russland und China sind: Die Großen Drei. „Staatsidee“ ist ein immer wieder vorkommendes Ziel einer Außenpolitik, z.B. die Schaffung einer liberalen Welt (USA) oder die Rückführung von Russen in die russische Staatlichkeit („Sammlung der russischen Erde“). (Staatsidee bedeutet nicht, dass andere Meinungen nicht mehr erlaubt sind. Es sind wie in jeder Demokratie die von einer Mehrheit dauerhaft geteilten Meinungen.) Nur diese Drei können z.B. gegenwärtig im Syrienkonflikt effektiv wirken, die USA tun das seit Trump durch Kooperation mit Russland, Russland durch militärische Intervention seit 2015 und China durch seinen Einfluss auf den Iran.

Davon zu unterscheiden sind die weitgehend einflusslosen Staaten (Norwegen, Bhutan u.a.) oder frühere Imperialmächte wie Frankreich (Westafrika), England (Ostafrika) und Österreich-Ungarn bzw. Deutschland (Osteuropa), die diese Imperien nicht halten konnten und heute faktisch nur noch machtpolitische Non-Akteure sind, die sich stattdessen nur noch um die Wohlfahrt (auf Kosten des Militärs) kümmern und daher auch keine weitergehende Staatsidee mehr haben. Das führt auch dazu, dass die von ihnen geschaffene europäische Integration ohne Leitidee ist (außer dem Wohlstand der Bürger) und langsam zerbröckelt. Wie Liechtenstein zeigt, sind solche Staaten durchaus lebensfähig – zumindest kurzfristig, denn die Gefahr ist immer, dass die Großen Drei oder einer davon sie schlucken oder in die Abhängigkeit treiben, so wie früher Finnland gegenüber der UdSSR. Die lateinamerikanischen, afrikanischen und arabischen Staaten sind demgegenüber derart mit inneren Problemen behaftet, dass sie

außenpolitisch wenig über ihre Region hinaus aktiv werden, sieht man vielleicht von Brasilien und Indien ab.

Diese Analyse ist theoretisch im Realismus fundiert und in der russischen Geschichtsphilosophie. Daher geht sie primär davon aus, dass WELTpolitik *high politics* im Sinne von Machtpolitik und notfalls Krieg und Kampf ist. Sie ist keine *low politics* im Sinne von ökonomischem und kulturellem Austausch, da hat Indien z.B. natürlich großen Einfluss. Und wer den Kampf in der Weltpolitik verliert, geht machtpolitisch unter, so wie früher Rom. Und neue Mächte entstehen, z.B. die jungen USA, denen sich die ideen- und machtlose Bundesrepublik in der NATO anschließen sollte, denn nicht in der EU, sondern nur in der NATO gibt es machtpolitische Überlebensperspektiven für Deutschland!

## **INHALT**

### ***Die Großen Drei: Historische Analysen zu staatlichen Leitideen***

*Russland: Das Dritte Rom als Staatsidee 9*

*Die Staatsidee der USA: Sekten werden zur Weltmacht 31*

*Die Leitidee Chinas: Das Reich der Mitte 63*

Abkürzungen 91

Literatur 93

Die Autoren 95



## **DIE GROSSEN DREI: HISTORISCHE ANALYSEN ZU STAATLICHEN LEITIDEEN**

### ***Russland: Das Dritte Rom als Staatsidee***

#### *Staatswerdung und Mongolenherrschaft*

Staatswerdung und Christianisierung Russlands waren in der Geschichte und in der langjährigen Staatsideologie ein und derselbe Prozess. 988 n.Chr. trat Großfürst Wladimir I. (reg. 978–1015) zum (byzantinischen, nicht römischen) Christentum über – und mit ihm die Bevölkerung in Form von Massentaufen. Machtpolitischer Hintergrund war die Anknüpfung engerer Beziehungen zum Byzantinischen Reich. „Die Bekehrung des Kiewer Rußland und die Entstehung des russischen Staates sind unlösbar miteinander verbunden.“ (Rühl 1992: 7) Dieser byzantinische Ursprung des russischen Christentums führte nach dem Untergang des byzantinischen Reiches (Fall von Konstantinopel 1453) zur Staatsidee von Moskau als dem Dritten Rom – in Nachfolgeschaft des Römischen und Oströmischen Reiches der Antike. Diese Ideologie verlieh dem russischen Staat eine gewisse metaphysisch-religiöse Weihe als dem (neuen) Zentrum der Welt, diese Überhöhung sollte nicht ohne Wirkung auf Politik und Außenpolitik bleiben. Mit dem byzantinischen Einfluss wurden auch cäsaropapistische Einflüsse nach Russland übertragen. Das heißt: Die Ämter von „Papst“ und „Kaiser“ wurden von einer Person wahrgenommen, es gab keine Trennung wie in Westeuropa. (Dieser Machtwettbewerb war eine Bedingung für die Entstehung von Demokratie und Konkurrenzkapitalismus in Westeuropa.) Der russische Zar hatte noch weit mehr religiöse Aura oder ein religiöses Charisma als der deutsche Kaiser des Heiligen (!) Römischen Reiches. Der byzantinische Einfluss hatte noch weitere Auswirkungen, auf die Torke aufmerksam macht: Das orthodoxe Christentum ist arianisch geprägt und lehnt die Wesensgleichheit von Gott und Sohn Gottes (Jesus) ab. „Da Christus derjenige Teil der Dreieinigkeit ist, der in die Welt und in die Geschichte hineinging, muß einer Religion, die den menschgewordenen Gott in gewisser Weise hintanstellt, das Leben in der diesseitigen Welt relativ

gleichgültig sein. Die Ostkirche lebte in der Tat stärker in der urchristlichen eschatologischen Tradition und bereitete ihre Gläubigen lieber auf das Jüngste Gericht als auf das irdische Leben vor.“ Religion war und ist etwas des innerlichen Erlebens und nicht des tätigen Lebens: *Vita contemplativa* statt *Vita activa*. (Torke 1997: 249) 1240 wird das Russland mit dem Mittelpunkt in Kiew Opfer der mongolischen Eroberung, die über zwei Jahrhunderte bis in die erste Hälfte des 15. Jahrhunderts währt und Russland von der Entwicklung in Westeuropa abschneidet – ein Schicksal, das Westeuropa eher durch Zufälle erspart blieb, ähnlich wie es im 7. Jahrhundert auch nicht vom Islam erobert wurde und damit in seiner Geschichte im Gegensatz zu Russland, China, Indien, Afrika und Lateinamerika von langjähriger extrakontinentaler Fremdherrschaft verschont blieb. Wie in allen über Jahrhunderte besetzten Ländern entwickelt sich in Russland – obwohl die mongolische Herrschaft nur indirekt war – einerseits eine bis heute wirkende autokratische Tradition und eine dementsprechende Untertanenhaltung, und andererseits ein subversiver Widerstandsgeist, der jedoch nicht individualistisch, sondern kollektiv ist, sich auch nach der Befreiung von der Fremdherrschaft hält und sich nun fast anarchisch-subversiv gegen alles Staatliche überhaupt wendet. Es ist eine eigenartige Mischung aus Untertanengeist nach außen hin auf der einen Seite und – im Wesenskern – Abwendung vom Staatlichen bzw. Rückzug ins Private, wenn nicht gar ins Innerliche, auf der anderen Seite.

Am Beispiel Russlands wird ein sozialpsychologischer Komplex von solchen eroberten Gesellschaften allgemein deutlich, wie er auch z.B. in Lateinamerika anzutreffen ist: Angesichts brutaler Unterdrückung wird auch der Abwehrkampf gegen die Fremden brutal, Politik insgesamt droht zu brutalisieren – und wird autoritär, weil die Abwehr nur bei zentralistischer Organisation effektiv ist. Die Bevölkerung reagiert mit Rückzug, mit einer Improvisationsgabe des Durchschlingelns bei auch widrigen Umständen und mit sozialen Rückversicherungen in Klientelketten: Man schützt sich gegenseitig. Die Improvisation darf übrigens nicht mit Innovation verwechselt werden, deren es in diesen Gesellschaften eher zu wenig gibt: Denn Improvisation will nichts Neues, sondern macht durch Arrangement aus der Not eine Tugend, anstatt die Not (durch Innovation) zu überwinden. Der Abwehrkampf gegen die

Fremdherrschaft und die orthodoxe Religion hatten geistesgeschichtlich zur Folge, dass die Aufklärung des 17. und 18. Jahrhunderts in Russland bis auf wenige Teile der (kleinen intellektuellen) Elite (u.a. Katharina II.) kaum Resonanz fand. Religiosität wurde nicht durch Vernunftdenken relativiert; der Gedanke eines Individuums, das sich durch Vernunft und nicht mehr durch Gott legitimiert, konnte sich kaum entwickeln. Statt des individuellen Einzelnen war weiterhin die traditional begründete (bäuerliche) Gemeinschaft dominant, und es ist daher nicht zufällig, dass gerade in der Sowjetunion der Marx'sche Sozialismus fast für ein Jahrhundert lang Fuß fassen konnte. Mit der mongolischen Besetzung ist auch ein weiteres Element des russischen Staatsmythos verbunden, nämlich der (angebliche) Verrat des Westens am Osten in der Zeit der mongolischen Herrschaft: Nicht nur, dass man Russland in Zeiten der Gefahr im Stich gelassen habe, man habe sich vielmehr offensiv gegen das Land gewandt, so die Schweden und Deutschen im Baltikum und so insbesondere die lateinisch-römische Kirche, die gegenüber der Orthodoxie Boden gutmachen wollte. Der zum Heiligen erklärte russische Nationalheld Alexander Newski kämpfte gegen die Tataren und gegen die Lateiner zugleich. Hier bahnte sich eine langwährende Entfremdung zur politischen Kultur Westeuropas an, die von einem antiwestlichen Missionsdrang mitgenährt wurde.

Das brachte einen bis heute wirkenden Ost-West-Gegensatz in Europa, der seit 1918 die Form des „Kalten Krieges“ zwischen Kommunismus und freiheitlicher Demokratie annahm. Denn dem Westeuropa der nachrömischen Zeit blieb solche fremdländische Herrschaft, die nicht assimiliert wurde, erspart (sieht man von der Iberischen Halbinsel ab). Es konnte sich in Westeuropa vielmehr seit dem Hochmittelalter von unten ein freies Bürgertum in den freien Städten gegen die feudale und/oder absolutistische Herrschaft durchsetzen, was es in Russland so nur anfänglich gab (z.B. in der großen, Nord und Süd verbindenden Handelsstadt Novgorod). In Russland verhinderten die tributären Abgaben an die Mongolenherrschaft eine wirtschaftliche Entwicklung, da Leistung mit umso höheren Abgaben bestraft wurde, und eine starke, auch politisch einflussreiche Kaufmanns- und Bürgerschicht als Trägerin späterer demokratischer Prozesse konnte sich kaum entwickeln.

*Von Iwan III. bis zu Peter dem Großen*

Mit Iwan III. (reg. 1462–1505) konnte sich Russland weitgehend von der Vorherrschaft der Goldenen Horde befreien. Aber: „Dieses Tatarenerbe wird in der russischen Mentalität, in den Moskauer Traditionen der Zarenherrschaft und in der imperialen Politik mindestens so stark fortwirken wie das ältere byzantinische Erbe.“ (Rühl 1992: 53) Es kam zu einer Verinnerlichung des christlichen Glaubens, der ein Bollwerk gegen die Fremdherrschaft gewesen war; die staatlichen Institutionen schienen in dieser Zeit relativiert und mussten sich danach umso energischer wieder Geltung verschaffen. Fixpunkt wurde der Glaube, der zum Symbol nationalen Überlebens wurde. Iwan III. vermochte das russische Staatswesen auszuweiten, zu konsolidieren und zu zentralisieren. Er band den höheren und niederen Dienstadel an den Hof und an den Herrscher, so dass sich hier keine eigenständigen feudalen Entwicklungen wie im Westen vollziehen konnten. Der traditionelle Adel (die Bojaren) wurde in den Hintergrund gedrängt, da er dem absoluten Herrschaftsanspruch des Zaren gefährlich werden konnte. Die fürstliche Zentralisierung erfolgte, ehe feudale Freiheiten erkämpft werden konnten. In Westeuropa verlief es umgekehrt: Zuerst kam es weitgehend zu feudalen Freiheiten, und erst dann kam es zur Zentralisierung, die jedoch nur unvollständig gelang und die dezentralen Freiheiten nie ganz zu eliminieren vermochte. In Russland bildete sich die adlige Grundherrschaft – die Basis feudaler Freiheiten – erst heraus, als die fürstliche Macht bereits etabliert war. Dies ist wiederum darauf zurückzuführen, dass das frühe – Kiewer – Russland ein „Handelsstaat“ war, in dem nur rudimentär agrarische Grundfunktionen entstanden waren. Denn es sollte nicht vergessen werden (was uns Heutigen fern scheint): Der Handelsweg vom (unterentwickelten) Nord- und Nordwesteuropa über die Ostsee und die Flüsse sowie Landwege Russlands in das hochentwickelte und prosperierende Konstantinopel war im frühen und hohen Mittelalter sehr bedeutsam. Niedrig verarbeitete Produkte und Rohstoffe aus dem Norden wurden gegen veredelte Waren getauscht. Die Verlagerung des Schwerpunkts des (europäischen) Welthandels vom (östlichen) Mittelmeer (später mit den oberitalienischen Städten) zum Atlantik erfolgte erst seit Beginn der Moderne (17. Jahrhundert), insbesondere seit dem Fall Konstantinopels 1453, und setzt sich bis heute fort (wobei jedoch neuerdings eine gewisse

weitere Verlagerung, oder besser: neue Akzentsetzung, im pazifischen „Becken“ festzustellen ist, wodurch Russland wieder direkt beteiligt ist).

Der Stand der Bauern geriet zunehmend in Leibeigenschaft. Die dem Kaufmannsstand eigenen Freiheiten wurden zur Wahrung der zentralen Herrschaftsinstanzen eingeschränkt, dazu kam, dass ihnen und Russland überhaupt – bedingt durch die schwedisch-litauische Übermacht im Westen – bis zu Peter dem Großen der Zugang zur Ostsee versperrt war und so ihre wirtschaftliche und politische Entfaltung gehemmt wurde. In diese sozialen Machtvakua drangen immer mehr der zaristische Staat und die zaristische Herrschaft ein. Zumal sich kaum Stände oder ein autonomer Feudaladel entwickelt hatten, aus dem sich parlamentarische und à la longue demokratische Gremien hätten bilden können. Nach der These von I. Wallerstein bildete sich zwischen West- und Osteuropa eine wirtschaftliche Arbeitsteilung heraus: Der Westen, insbesondere die frühen handwerklich-industriellen Zentren in Nordwesteuropa und in England, spezialisierte sich auf die Produktion verarbeiteter Produkte, womit der Weg zur Industrialisierung seit Mitte des 19. Jahrhunderts gebahnt wurde; hier wanderten Teile der Bevölkerung in die Städte oder zu den Produktionsstätten auf dem Land. – Demgegenüber spezialisierten sich die Gebiete in Osteuropa und in Russland auf die Agrarproduktion zur Versorgung des „industriellen Westens“, der wegen dieser „Industrialisierung“ (der Begriff ist für deren Anfänge sicherlich nicht angebracht) nicht mehr genügend Nahrungsmittel herstellte. Die Landwirtschaft im Osten wurde auf großen Gutshöfen in Adelsbesitz betrieben. Dadurch blieb der Adel im Osten lange Zeit in der politischen Vormacht und konnte zaghaft aufkeimendes Bürgertum an den Rand drängen. Im Westen dominierte demgegenüber – wenn wir einmal eine vereinfachte Formel verwenden dürfen – die Grundherrschaft, auf der Bauern weitgehend frei ohne feudale Bindungen wirtschaften konnten. Diese relative Freiheit erleichterte – in Verbindung mit den Individualisierungsprozessen infolge der Aufklärung – das Entstehen von Demokratie, während in Russland und in Osteuropa die strukturellen Bedingungen hierfür fehlten.

Die z.T. über holländische Schiffe erfolgende Lieferung von Agrarprodukten in den Westen war zunächst sehr profitabel für den

Osten, führte aber wirtschaftsgeschichtlich in eine Sackgasse, denn der Weg der Modernisierung war und ist der der Industrialisierung (der vorteilhaft für den Westen hier recht früh begonnen werden konnte, während der Osten sie erst verspätet mittels der kommunistischen Diktatur in die Wege leiten konnte, und dann auch noch in eine falsche Richtung, nämlich vor allem schwerindustriell [Eisen, Stahl], während der Westen mit einer Kombination aus Schwer- und Leicht- [Textil-] Industrialisierung erfolgreich war). Das ist einer der Hintergründe dafür, dass die wirtschaftliche und kulturelle Überlegenheit des Westens als Gefahr definiert wurde, gegen die es Abwehr zu organisieren galt. Westliche Ideen waren in weiten Kreisen verpönt.

Nach der Zeit der Konsolidierung im 16. Jahrhundert kam es zu Nachfolgewirren (1605–1613), intensiviert nach dem Ende der als illegitim betrachteten Zarenherrschaft von Boris Godunov. Sie ließen den Wunsch nach neuer Ordnung und nach Restaurierung von Staatlichkeit umso stärker anwachsen. Die in dieser Zeit versuchten ausländischen Interventionen, z.B. seitens Polens, das den falschen Zaren Demetrius unterstützte, verstärkten die Phobie gegen den Westen. Daher kam es alsbald auch zu weiteren Expansionsbestrebungen. Denn das Territorium des russischen Staates schien immer gefährdet, dem durch territoriale Vorfeldsicherungen begegnet werden sollte. Mit Zar Peter der Große (reg. 1682–1721) wurde ein neues Kapitel russischer Geschichte eröffnet. Mit ihm und später auch mit Lenin und Gorbatschow suchte das Land den Anschluss an Westeuropa, das sich zu industrialisieren, zu parlamentarisieren, zu liberalisieren und schließlich zu demokratisieren begann. Die Zaren Peter und Lenin scheiterten. Immerhin rechtfertigte selbst Katharina die Große (reg. 1762–1796), die auch in diese Reihe einzuordnen ist, explizit in ihrer Schrift „*Nakaz*“ die autokratische Regierungsform für Russland, da anders ein so großes Reich mit derart heterogenen Interessen nicht zu regieren sei. Andererseits bezeichnete sie die Schriften des antiautokratischen Theoretikers der Gewaltenteilung, nämlich Montesquieu, als ihr tägliches Gebetbuch – besser kann diese mentale Spaltung nicht zum Ausdruck gebracht werden.

Ziel war es jeweils, die ökonomische Rückständigkeit und die politische Antiquiertheit Russlands durch „Wissenstransfers“ aus dem Westen zu

überwinden. Trotz aller Erfolge änderte das jedoch nichts am agrarischen Charakter des verkehrsmäßig schwer zu erschließenden Riesenreiches. Auch die Leibeigenschaft blieb bestehen. Die von Katharina II. dem Adel verliehenen korporativen Rechte änderten nichts daran, dass es ein Dienstadel in staatlicher Abhängigkeit blieb. Es kam kaum zu den für Westeuropa typischen Auseinandersetzungen, z.B. zwischen Krone und Hochadel auf der einen und dem niederen Adel (und dem Bürgertum) auf der anderen Seite, aus denen ja u.a. die Englische und die Französische Revolution hervorgingen. In Russland konnte sich die „Gesellschaft“ nur unvollkommen vom Staat emanzipieren. Es blieb im Wesentlichen bei Hofintrigen. Außenpolitisch war Russland seit dem petrinischen Zeitalter ein Faktor der europäischen Politik, den die Höfe von London bis Istanbul zu berücksichtigen hatten, zunächst vor allem einmal das Königreich Schweden, das gegenüber Russland erhebliche Territorialverluste erleiden musste. Dazu kam die Südexpansion gegenüber dem Osmanischen Reich, insbesondere seit Katharina II., die sogar an eine Zerschlagung dieses islamischen Reiches und an eine Wiedererrichtung des byzantinischen Kaisertums dachte, natürlich in russischer Hand – zwar wohl bei der aufgeklärten Zarin weniger religiös, sondern machtpolitisch motiviert, dafür aber umso wirksamer für die Zukunft: Der russischen Außenpolitik wird seitdem ein konstantes Streben nach Eroberung des Bosphorus unterstellt, und das nicht zu Unrecht – quasi eine Rückeroberung des Zweiten durch das Dritte Rom, bis in die Geschichte der UdSSR hinein, die immer eine für alle Zeiten gesicherte Zufahrt ins Mittelmeer anstrebte.

Unter dem Nachfolger Katharinas II., Paul I., wurde – nun allerdings religiös untermalt – diese ideologische Außenpolitik mit expansiver Zielsetzung fortgesetzt, der Zeit entsprechend vor allem gegenüber den revolutionären Wirren in Westeuropa, gegen die zu kämpfen sich Paul berufen fühlte. Er wurde eigens auf päpstlichen Wunsch hin Großmeister des Malteser-Ordens, da er im Katholizismus ein Bollwerk gegen die Ideen der Französischen Revolution sah, und griff auch militärisch in die Kriege Westeuropas ein. Damit begann eine gewisse Ideologisierung der russischen Außenpolitik (mit jeweils zeitbezogen modifiziertem Inhalt), was in die Zukunft fortwirken sollte, analog zur Innenpolitik unter Paul, die die – begrenzten – Freiheiten der katharinischen Ära wieder einzuschränken begann. Natürlich kann man diesen Trend zur

Ideologisierung nicht durchgängig feststellen, er war ein Faktor unter anderen, wichtig waren auch Macht- und Gleichgewichtsaspekte. Das plötzliche Bündnis von Paul mit Napoleon passt sicherlich nicht zu dieser Ideologisierungsthese, ist aber dadurch erklärbar, dass es zu Differenzen mit Österreich und England gekommen war, die auch weiterhin bestehen sollten, aber – zumindest was Österreich betraf – durch den monarchischen Legitimus der Heiligen Allianz ab 1815 immer wieder überlagert wurden. (Legitimus = Theorie von der Begründung königlicher Herrschaft durch Gottes Gnade; gegen demokratische oder parlamentarische Begründungen der Monarchie.)

Auch Alexander beteiligte sich von 1800–1805 und dann wieder ab 1807 nicht am Kampf gegen Napoleon. Das russisch-französische Bündnis von Tilsit und Memel konnte angesichts der Gegensätzlichkeit der Interessen jedoch nicht von Dauer sein. Es wurde beendet durch den Überfall Napoleons auf Russland im Sommer 1812. Der deutsche Befreiungskrieg gegen Frankreich hatte seine Ursache in der französischen Niederlage in Russland. Bei der nun anstehenden Neuordnung Europas auf dem Wiener Kongress hatte daher das Wort des russischen Zaren besonderes Gewicht, das dadurch akzentuiert wurde, dass Alexander I. trotz seiner aufgeklärten Erziehung und der langjährigen Politik in dieser Tradition immer mehr unter religiösem Einfluss Außenpolitik zu betreiben begann. Auf dem Wiener Kongress 1815, der vor allem diese Neuordnung leistete, handelte Russland natürlich auch gemäß seiner machtpolitischen Interessen, aber das Besondere des russischen Agierens war dessen Vorschlag einer Heiligen Allianz, mit der der preußische König, der österreichische Kaiser und der russische Zar das Christentum zur Grundlage von Staat und Gesellschaft Europas erklärten. Die Ideen, die Alexander hier leiteten, waren eine Mischung von romantischem Mystizismus mit einem gewissen (auch außenpolitischen) Missionarismus aus der pietistischen Ecke. Seit den 1820er Jahren wurde die Heilige Allianz das militärische Instrument zur Unterdrückung aller liberalen und demokratischen Bewegungen in Europa, denn Alexander war 1820 nach inneren Unruhen ganz auf die reaktionär-antiliberalen Linie Metternichs eingeschwenkt. Der gescheiterte Dekabristenaufstand von 1825 führte nur dazu, dass ein Teil dessen liberalen Anführer ins Ausland ging und das Regime sich innenpolitisch verhärtete, zumal unter dem neuen Zaren

Nikolaus I. Die Kontroverse zwischen russischen Reformern/ Revolutionären auf der einen und Konservativen auf der anderen Seite ist auch als Kontroverse: Westlertum kontra Slawophilie in die Geistesgeschichte eingegangen. Für die Slawophilen war die bäuerlich und religiös-orthodox geprägte russische Gemeinschaft oder Bauerngemeinde die Grundlage von Staat und Gesellschaft. Die nationale Monarchie müsse – so die romantische Vorstellung – im bäuerlichen Volk verwurzelt sein. Deshalb lehnten die Slawophilen auch die Leibeigenschaft ab und gerieten allein aus diesem Grund in Konflikt mit der bestehenden Monarchie, die als zu petrinisch, in der Aufklärung Peters des Großen stehend, abgelehnt wurde. Es war ein Rückzug ins Eigene, Bessere. Die Westler strebten – versucht man die diversen Gruppen auf einen Nenner zu bringen – die Einführung konstitutionell-monarchischer und liberaler Verhältnisse in Russland an, wofür Großbritannien und Frankreich Vorbilder waren.

Die dritte große Idee Russlands im 19. Jahrhundert, der Panslawismus, die Vereinigung aller Slawen in einem Reich, lief – ähnlich wie die beiden zuerst genannten – neben der Regierung her und wurde nie zur offiziellen Politik (wenn auch ab den 1870er Jahren am Hofe zunehmend einflussreicher). Denn der Panslawismus widersprach einem anderen wichtigen Grundsatz russischer Außenpolitik, dem Legitimusismus, der die Legitimität der bestehenden Fürstentümer verteidigen wollte. Und dazu gehörte auch der osmanische Sultan, zu dessen Lasten die Expansion auf dem Balkan gegangen wäre. (Aber immerhin hatte der Zar den Aufstand der Griechen 1821/29 gegen die Osmanen gefördert – allem Legitimusismus zuwider.)

(Dass das Zarentum keine der bewegenden Ideologien seiner Zeit so recht aufnahm oder sich zumindest näherte, hat wohl mit zum Untergang des russischen Kaiserreiches beigetragen.) Der Panslawismus bedarf jedoch in seiner Analyse hinsichtlich der außenpolitischen Wirkungen einer Differenzierung. Zwar war er keine offizielle Doktrin, aber Teile des Hofes und auch der immer einflussreicher werdenden öffentlichen Meinung waren von ihm beeinflusst (insbesondere wenn er sich mit der Idee des Dritten Rom verband), und das beeinflusste auch die innen- und außenpolitischen Entscheidungsträger. Das entsprach ja auch durchaus

den tatsächlichen Aktivitäten, insbesondere der Expansion und der Ausdehnung des russischen Einflusses auf dem Balkan, wo man das Erbe des dahinsiechenden Osmanischen Reiches antreten wollte (und darüber in Konflikt mit Österreich und England, aber auch mit Frankreich geriet). Das sollte sich nach 1945 in Osteuropa wiederholen. Deutlich wurde der Panlawismus u.a. im Krimkrieg. „In der Öffentlichkeit wurde, wohl zum ersten Mal dieser Art, der Streit um machtpolitische Interessen als Kampf zwischen Ideologien geführt: Rußland sah sich als der Beschützer des Christentums, als Befreier der Christen, die unter türkischer Herrschaft leben mußten, setzte auf Patriotismus und Panlawismus – die gegnerischen Mächte verstanden sich dagegen als Bewahrer der Welt vor den barbarisch-asiatischen Horden des rückständigen Rußland.“ (Haumann 1996: 350)

Dass die bäuerliche Leibeigenschaft in Russland erst 1861 aufgehoben wurde (und nur sehr unvollkommen und dadurch wirkungslos), war ja nicht als solches für die politische Entwicklung problematisch, sondern auch für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes: Denn Industrialisierung benötigt ein großes Arbeitskräfte- (und Konsumenten-) Heer, das sich durch Land-Stadt-Wanderung aus der Landwirtschaft speist; und diese Abwanderung ist wiederum nur möglich, wenn der Agrarsektor durch den Einsatz von Maschinen und Chemie rationeller produziert, um die wachsende Masse der nicht agrarisch tätigen Städter und Industriearbeiter ernähren zu können. Beides passierte in Russland nicht mit der weiteren Folge, dass das Entstehen eines die Demokratie fordernden und tragenden (industriellen) Bürgertums weiterhin verzögert wurde. Nur rd. 4 Prozent der Bevölkerung waren städtisch, um 1900 lag der Anteil der Unternehmer nur bei 1 Prozent. Immerhin gelang 1835 eine Kodifizierung und Abstimmung aller kaiserlichen Erlasse seit 1649, womit ein gewisses Maß an Rechtssicherheit geschaffen wurde. Wie in vielen anderen Fällen auch (bekannteste Beispiele: Preußen und Japan), brachte erst die außenpolitische Niederlage im Krimkrieg 1853/56 die erforderlichen Impulse, um innere Reformen größeren Ausmaßes bewirken zu können.

Die Herrschaft Alexanders II. (reg. 1855–1881) brachte zwar einige innenpolitische Reformen, aber nach seiner Ermordung durch politisch

motivierter Anarchisten im Jahre 1881 wurde wieder autokratisch, faktisch absolutistisch regiert, was sich außenpolitisch in einer Annäherung an die konservativen Mächte Österreich und Preußen auswirkte (u.a. Revitalisierung des Drei-Kaiser-Bündnisses von 1881). (Zu Beginn der 90er Jahre und dann seit 1907 kommt es jedoch zu faktischen Bündnissen mit Frankreich und Großbritannien, die deutsch-russischen Beziehungen brechen weitgehend zusammen.) Die Niederlage gegen Japan 1905 führte zu einer halbherzigen Teilparlamentarisierung, die die oppositionellen Kräfte umso mehr enttäuschte und radikalisierte.

### *Tradition, politische Idee und Außenpolitik Russlands im 19. und 20. Jahrhundert*

Russland war im 19. und 20. Jahrhundert eine der zentralen Großmächte. Ohne Russland wäre Napoleon nicht besiegt worden, und ohne russische Zustimmung und Rückendeckung hätte Bismarck 1870/71 nicht das Deutsche Reich gründen können (und Kohl 1990 nicht die Wiedervereinigung zustande gebracht). In den russischen Weiten scheiterte die Armee Hitlers, und Stalin errichtete 1945ff. ein russisch/sowjetisch beherrschtes Imperium bis zur Elbe. Diese Dominanz Erfahrung kontrastiert mit den ebenso zahlreichen Erfahrungen von Bedrohung und Eroberung russischen Gebietes, oder genauer formuliert: Das Dominanzverhalten ist die Folge und Kehrseite dieser Bedrohungen. Denn das Gefühl und die Wahrnehmung von äußerer Bedrohung bei den Russen und bei der russischen sowie sowjetischen Elite war und ist ja nicht nur ein irrationaler Affekt, der keine Verankerung in der Realität hätte (obwohl es auch irrationale, psychopathische, krankhafte Übertreibungen dieser Bedrohtheit gab, siehe Stalin seit 1930), es waren ja tatsächlich nach der tatarischen Herrschaft die Napoleons und Ludendorffs und Hitlers, die gegen Russland marschierten und über kurz oder lang größere oder kleinere Teile des Landes militärisch unterwarfen, ökonomisch ausbeuteten und vor allem im 2. Weltkrieg verheerten und verwüsteten sowie Teile der Bevölkerung ausrotteten. Daher war es ein stetes Bestreben (sowjet-) russischer Außenpolitik (zumindest im 20. Jahrhundert), einen Gürtel schützender Staaten um

sich zu legen, wenn nicht sogar diese Gebiete selbst zu erobern. Das galt für den sibirischen Raum (obwohl dies und noch mehr die Expansion nach Süden in den islamischen Raum auch z.T. als die spezifische Form des russischen Imperialismus zu erklären sind); das galt (und gilt) aber in noch weitaus stärkerem Maße für die Sicherung nach Westen: Finnland, Baltische Staaten, Polen, später die DDR, die Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien und Rumänien nach 1945. Die vehemente Abwehr der heutigen Russischen Föderation gegen eine Osterweiterung der NATO ist heutzutage auch vor diesem Hintergrund zu sehen. Darin spiegeln sich auch die – wie oben aufgezeigt – frühen Ressentiments gegen den Westen Europas wieder: Dieser Westen wurde als dekadent und dem bloßen kapitalistischen Geist erlegen betrachtet. Und die Dekadenz machte ihn besonders gefährlich, nicht nur gesellschaftspolitisch, sondern auch außenpolitisch, denn sterbende Körper können um sich schlagen. In seinem Werk *„Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“* stellt Lenin den westlichen Kapitalismus angesichts des Ersten Weltkrieges als ein Gesellschaftsgebilde dar, das in seinen letzten Zügen liegend nur noch zur imperialistischen Aggression fähig sei.

Die außenpolitische Aggression der Russen und der Sowjets ist also in Teilen auch defensiv begründet. Das verband sich in explosiver Form mit dem „Dritten Rom“-Missionarismus, der sich panslawistisch oder kommunistisch, auf jeden Fall antiwestlich äußern konnte. Und es ist heutzutage wieder symptomatisch, dass die AIDS-Erkrankung in Russland durch stärkere Einreisekontrollen bekämpft werden soll, denn das Böse kann nur aus dem Ausland kommen!

(Nebenbei gesagt gilt Analoges auch in der russisch-sowjetischen Innenpolitik. Jede Autokratie und Diktatur ist ihrem tiefsten Wesen nach defensiv, von Angst vor der ihr womöglich gefährlichen Gesellschaft gekennzeichnet: Innen- und außenpolitische Angst bilden daher eine Einheit.) Dass der Marxismus in seiner totalitär-diktatorischen Form nur in Russland geschichtsmächtig wurde, ist kein Zufall: Marxens Antikapitalismus (= Antiwestlertum) und Sozialismus (= Ideal des Kollektivs, gegen den westlichen Individualismus) passen gut in die russische Geschichte. Aber Marx wurde durch Lenin und Stalin theoretisch und praktisch modifiziert: Ihren das 20. Jahrhundert

prägenden Ausdruck fand die Idee des Dritten Rom in Verbindung mit der autokratischen Tradition in der spezifischen Form des leninistischen und stalinistischen Kommunismus mit seinen weltimperialen Tendenzen. Man kann zwar lange darüber streiten, ob nicht die diktatorische und totalitäre Ausformung des Kommunismus in der UdSSR schon bei Marx grundgelegt war. Immerhin sprach auch er von der „Diktatur des Proletariats“, wobei er allerdings gemäß seiner historischen und gesellschaftlichen Analyse implizit davon ausging, dass die Arbeiterschaft aufgrund des durch die Industrialisierung bedingten allgemeinen Verelendungsprozesses breiter Schichten die überwiegende Mehrheit darstellen würde. (Auch waren seine Frühschriften eher anarchisch-antiautoritär geprägt, was die Darstellung des Endzustandes der kommunistischen Gesellschaft betrifft.) Aber Marx war dahingehend undemokratisch (allerdings durchaus in Übereinstimmung mit dem Geist seiner Zeit), dass er von einem mehr oder weniger automatisch, unabhängig von den Einzelwillen der Menschen sich vollziehenden Geschichtsprozess ausging, der sich welthistorisch über verschiedene historische Phasen realisiert: vom Urkommunismus über die Sklavenhaltergesellschaft und den Feudalismus bis zum Kapitalismus und dem notwendigerweise folgend: dem Sozialismus und Kommunismus als dem unabwendbaren Ende und Ziel der Geschichte.

Hierüber gab es natürlich keine Mehrheitsentscheidungen! Das kam und kommt so, wie es kommen musste. Hier schlug sich das naturwissenschaftlich geprägte Denken des 19. Jahrhunderts auch im Marxismus nieder, einem Denken, das das unabänderliche Wirken von Gesetzen in den Natur- und auch in den Sozialwissenschaften gleichermaßen zur Grundlage hatte. Die Gesellschaft würde sich in dieser Sicht wie die Biologie in einer Evolution vollziehen. Es ist andererseits natürlich historisch verzerrend und geschichtswissenschaftlich illegitim, Marx mit den selbstverständlich gewordenen demokratischen Kriterien der Gegenwart zu verurteilen, bei den Anti- und Undemokraten von Metternich bis Bismarck oder den christlichen Kirchen beider Konfessionen jedoch Gnade walten zu lassen. Es sollte vielmehr auch Nichtmarxisten Respekt abnötigen, dass ein Mann wie Marx den Mut hatte, gegen die Ungerechtigkeit seiner Zeit aufzustehen und dafür auch Exil und in gewissem Maße auch Armut in Kauf zu nehmen (auch wenn es

unbestritten ist, dass dieser Herr wohl kein sympathischer Zeitgenosse war. Man denke an seine rabiate Auseinandersetzung mit seinem Widersacher Bakunin.).

Wie immer man Marx auch einschätzen will, Lenin ergänzte nun zu Beginn des Jahrhunderts Marx in einer Form, die das „diktatorische“ Moment in ihm verstärkte; er interpretierte (und verengte) ihn nämlich voluntaristisch (= rein willensbezogen) dahingehend, dass der Sozialismus durch eine putschartige Eroberung der Macht errungen werden sollte, mit dem Mittel einer diktatorisch aufgebauten kleinen Kaderpartei, die die Revolution von oben durchführte, potentiell und dann ja auch 1917 real gegen den Willen der Mehrheit, wie sie vom frei gewählten Parlament, der Duma in St. Petersburg, repräsentiert wurde. Dieses Parlament wurde von Lenin gewaltsam auseinandergejagt. Die Tscheka, der sowjetische Geheimdienst, wurde bereits unter Lenin 1919 eingerichtet, der in der Ära Gorbatschow wieder ventilierte Mythos, Lenin habe die Demokratie gewollt, aber wegen des Bürgerkrieges nicht realisieren können, sollte daher schnellstens über Bord geworfen werden. Lenins Theorie der Politik war nämlich im Gegensatz zu diesem Mythos von Grund auf antidemokratisch und, wenn man so will, „russisch“. Er war und wurde der rote Zar, was nicht nur eine Erfindung des amerikanischen Geheimdienstes CIA ist. Denn er ging in seinen Schriften von zwei Annahmen aus, durch die sich seine Theorie wesentlich von der Marxens und erst recht von der der westeuropäischen Sozialdemokratien unterschied: Die Arbeiterschaft in den industrialisierten Staaten ist „tradeunionistisch“ eingestellt. Damit meinte er, dass sie vor allem gewerkschaftlich gesonnen und auf die Erhöhung ihrer Löhne fixiert sei. Mit solchen Leuten könne man natürlich keine Revolution machen, dafür brauche man eine kleine Partei von Verschworenen, eine Elite, die anstatt des Volkes, aber in dessen angeblichem Interesse, die Revolution „durchführe“. Das kritisierten insbesondere schon frühzeitig Rosa Luxemburg und auch die deutsche Sozialdemokratie.

Marxens Theorie – so Lenin – sei für die schon weit entwickelten kapitalistischen Industriestaaten gedacht gewesen. Hier sei eine Arbeiterschaft von genügender Größe entstanden. Ganz anders sei das in dem unterentwickelten, nicht bürgerlich geprägten, aristokratischen